



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/61 - 13.3.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

## Hinweise auf den Inhalt:

Dahlems Wiederauftauchen	S. 1
Anhaltende Nahost-Krise	S. 3
Die bayerischen Gemeindewahlen am 18. März	S. 4
Wirkungen des Eden-Mollet-Gespräches	S. 6

---

### Scharten in der Ulbricht-Hegemonie?

E.Z. Berlin

Alle Erwägungen, die sich für den Berliner Beobachter in diesen Tagen auf die Frage konzentrieren, welche realen Auswirkungen der Moskauer Parteitag mit seinem Verdammungsurteil über Stalin und dessen Politik auf das kommunistische Regime der Sowjetzone haben könnte, müssen im Augenblick mehr oder weniger Kombinationen bleiben. Bis auf die Symptome, die eine grenzenlose Überraschung Pankows und eine peinliche Verlegenheit in den leitenden SED-Kadern angesichts der so eindeutigen Entthronung der Stalin-Ära zeigen, sind wenige konkrete Fakten vorhanden, die bereits heute über diese allgemeine Verwirrung hinaus bestimmte bevorstehende Änderungen im SED-Kurs oder in den bisher machtpolitisch an der Spitze stehenden Kadern andeuten.

Das erste öffentliche Wiederauftreten des ehemaligen Kader-Chefs im ZK der SED, Franz Dahlema, ist allerdings ein nicht zu übersehendes Symptom einer möglichen Veränderung im machtpolitischen Gewicht der SED-Zentrale. Der 64jährige Dahlem sprach dieser Tage vor dem Studentenforum der Ostberliner Universität. Er vertrat aus einer typischen Taktik der Vorsicht heraus die These, dass "Stoizisten", die seinerzeit von dem von der Beria-Gruppe irreführenden Ulbricht in Acht und Bann getan oder gar verurteilt worden waren, mit einer Milderung des

Strafmaße rechnen könnten.

Ohne Zweifel hat Dahlem mit dieser Erklärung seine eigene Rehabilitierung angekündigt, wurde er doch am 14.5.1953 u.a. "wegen politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten und wegen nichtparteimässigen Verhaltens zu seinen Fehlern" aus dem ZK und allen anderen Funktionen ausgeschlossen. Wie weit freilich eine Rehabilitierung Dahlems gehen wird, ist heute noch nicht zu erkennen. Immerhin, dass Franz Dahlem heute zum ersten Mal wieder öffentlich politisch auftreten kann, ist ein Beweis dafür, dass für ihn neue politische Chancen vorhanden sind. Der nach seiner Enthebung aus allen SED-Funktionen völlig in Vergessenheit geratene Dahlem war seit einiger Zeit Hauptabteilungsleiter im Pankower Staatssekretariat für Hochschulwesen.

Der neue politische Akzent, den jetzt Dahlem nach dem Moskauer Parteitag erhielt, zeigt sich schon darin, dass es sich einige volksdemokratische Diplomaten in Berlin nicht nehmen liessen, bei Dahlems erstem öffentlichen Auftreten zugegen zu sein. Auch die Tatsache, dass bisher weder SED-Presse noch SED-Rundfunk über das Studentenforum mit Dahlem berichten durften, gibt der ganzen Angelegenheit ein eindeutig politisches Schwergewicht. Aber erst das Verhältnis, das zwischen dem SED-Chef Ulbricht und Dahlem besteht, macht Dahlems Wiederauftauchen nach dem Moskauer Parteitag zu einem Anzeichen dafür, dass künftig die Position des allmächtigen 1. SED-Sekretärs ins Wanken kommen könnte. Die politische Entwicklung nach 1945 hatte es mit sich gebracht, dass Ulbricht praktisch im engsten Führungsapparat der SED nur noch einen ernsthaften Konkurrenten hatte, nämlich Dahlem, der - bei aller Verpflichtung gegenüber der Generallinie der Partei - mit der Entwicklung sehr unzufrieden war und in den Sitzungen des Politbüros auch offen Kritik übte. Als Dahlem mit seiner Gruppe, zu der auch Paul Merker gehörte, etwa seit 1949 im ZK ein ernsthafter Gegner Ulbrichts zu werden drohte, hatte es der SED-Chef verstanden, gestützt auf Stalin, mit Hilfe der Affäre Noel Field die gegnerische Koalition im höchsten Führungsgremium zu zerschlagen. Mit Hilfe Materns, des Leiters der Zentralen Kontrollkommission der Partei, gelang dann 1953 auch die Kaltstellung von Dahlem selbst.

Dahlems Anfang zu einem neuen Start ist, auf dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung im Verhältnis Ulbricht-Dahlem gesehen, tatsächlich ein Symptom dafür, dass heute durchaus die Möglichkeit zu einer Minderung des Einflusses von Ulbricht besteht. Eine solche Perspektive dürfte auch nicht ganz ohne Bedeutung für die Beurteilung von Entwicklungstendenzen sein, die über das innerpolitische Feld der Machtverteilung in der Sowjetzone hinaus grössere politische Zusammenhänge betreffen. -3-

Rückschläge und Pannen

## Mißerfolge zwischen Marokko und Indien

Dr. R. Wenn es eine politische Astrologie gäbe, könnte sie über die letzten zehn Tage nur berichten, dass offensichtlich schlechte Konstellationen die Ereignisse beeinflusst hätten. Sie begannen ebenso schlecht wie sie endeten, sie brachten den Westen nicht voran, sondern brachten Rückschläge, und zwar auf einer breiten Front am ganzen Südrand des alten Kontinents bis nach Asien hinein. Mit dem Hinauswurf Glubb-Paschas begann die "schlecht bestrahlte" Zeit und mit der Deportation des zypriotischen Erzbischofs endete - zunächst - die Misere.

Zwischendurch kamen schlechteste Nachrichten aus Marokko, Algerien und Tunesien. Die Franzosen verlieren allmählich die Kontrolle über Algerien, obwohl sie nun mit der Hälfte ihrer Armee allein in den drei Departements Oran, Algerien und Constantine stehen. Erstmals zeigte auch eine an der Seine demonstrierende Menge streikender Algerier die Rebellenflagge Weiss-grün mit rotem Halbmond und Stern, obwohl der Generalstreik von der gemässigt-nationalen Gruppe Messali Hadj's ausgegangen war. Also hat die Infiltration durch die Befreiungsfront auch schon die gemässigten Gruppen Algeriens erfasst. In Tunesien randalierten mit Feuer und Brand diesmal die französischen Siedler und liessen dabei anti-amerikanische Stimmungen erkennen. Trotz formaler Einigung zwischen Mohammed V. und der Pariser Regierung geht auch die Unruhe in Marokko weiter; ihr Übergreifen auf Spanisch-Marokko wird immer deutlicher und stellt auch die Franco-Regierung vor bisher unbekannte Probleme.

Ob hinter alledem Kairo steht, weiss man nicht. Jedenfalls ist die führende Rolle Ägyptens als muslimische Lenkungsmacht unumstritten; wer sie negiert, verschlechtert sein Verhältnis zu den 400 Millionen Mohammedanern in der Welt, ein doppelt gefährliches Unternehmen, wenn man Millionen Anhänger des Islam in eigenen Bereich zählt. Der überraschende Abstecher Pineaus in die ägyptische Hauptstadt auf seinem Rückflug nach Frankreich ist ein kluger und mutiger Schritt.

Dem sichtbaren Machtverlust im afrikanischen Norden entsprechen die Einbussen im Nahen Osten, wie sie England zunächst in Jordanien und fünf Tage später auf seiner strategischen Kanostbasis Zypern buchen musste. Denn nur stockkonservative Blätter wie der

"Daily Telegraph" begrüßten das Vorgehen gegen Makarios als Ausdruck kraftvollen imperialistischen Bewusstseins. Alle anderen Stimmen waren sich darüber klar, dass die Edenregierung denkbar schlecht beraten war, als sie Makarios verbannte.

Doch kann Eden sich mit seinem ehemaligen amerikanischen Kollegen Dulles trösten, der in Karatschi nicht glücklicher operierte und nicht erreichte, was er bezweckte, nämlich den SEATO-Pakt militärisch zu betonieren. Dafür machte er sich für Pakistan in der Kaschmirfrage stärker als klug erscheint. Sein Besuch in Indien stand sichtbar im Zeichen erheblicher indischer Verschnüpfung gegen die USA. Das Begleitkonzert in der indischen Presse während des Aufenthaltes von Dulles in Neu-Delhi war ganz ungewöhnlich unfreundlich, was bei der vorbildlichen indischen Gastfreundschaft schon etwas heissen will.

Alle diese Pannen sind auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen. Man denkt in den aussenpolitischen Zentralen des Westens zu sehr in den alten ausgefahrenen und überholten Bahnen. Dabei gibt es genug Leute dort, die wissen, dass es an der Zeit ist, mit alten Methoden aufzuhören und die politischen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Die Kolonialzeit ist ebenso vorüber wie die Zeit der Militärbündnisse. Man kann weder den weissen Herrn spielen noch farbige Völker zu Hilfsheeren für kolonialistische Interessen machen. Man kann auch nicht mit einer europäischen Bevölkerung umspringen wie mit den Mau-Maus, obwohl auch das nicht mehr lange gut gehen dürfte. Man kann nicht die Kommunisten der Kirchenverfolgung beschuldigen, wenn man griechisch-orthodoxe Erzbischöfe wie Verbrecher deportiert, nur weil sie nicht in das politische Klima passen, das man sich wünscht, obwohl es der betreffenden Landschaft widerspricht.

\* \* \*

#### Kein Test für die Münchener Koalition

(Mm.) In Bayern stehen die Gemeindewahlen vor der Tür. Am 18. März werden rund 6,7 Mio Bürger über die Gemeindepolitik in den nächsten vier Jahren entscheiden. Die Gemeindewahlen werden kaum eine Änderung

in den politischen Verhältnissen in Bayern bringen. Die CSU, die noch zu Jahresbeginn glaubte, dass sie mit dem Ergebnis der Gemeindewahlen an der Grundlage der bayerischen Viererkoalition rütteln könnte, ist in den letzten Tagen merklich zurückhaltender geworden. Sie deutet in offiziellen Stellungnahmen nur noch an, dass u.U. nach den Gemeindewahlen neue politische Gespräche angeknüpft werden können. Dabei ist aber deutlich herauszumerken, dass sie selbst an solche Gespräche nicht recht glaubt.

Allgemein ist über diese Gemeindewahl festzustellen, dass dieses Mal weniger Wahlbündnisse von den Parteien eingegangen worden sind. Die SPD hat, abgesehen von einigen wenigen Wahlbündnissen, im ganzen Lande eigene Listen aufgestellt. Es ist auf der bürgerlichen Seite zu Listenverbindungen aller möglichen Schattierungen gekommen, wobei auch eine ganze Anzahl von Verbindungen mit der CSU eingegangen wurden. Listenverbindungen auf der Grundlage der bayerischen Koalition - SPD, BP, FDP, BHE - sind nirgends im Lande vollzogen worden, weil vor allen Dingen die SPD Wert auf unabhängiges Auftreten in dieser Wahl gelegt hat. Selbstverständlich sind neben diesen Listenverbindungen der Parteien auch - insbesondere auf dem flachen Lande - zahlreiche überparteiliche Listen aufgestellt worden.

Von einer Test-Wahl für die gegenwärtige bayerische Regierungskoalition kann aus diesen Gründen keine Rede sein. Auch im Wahlkampf stehen gemeindliche Probleme sehr stark im Vordergrund, wenn auch Landesprobleme und Fragen der Bundespolitik, hier insbesondere die Wehrfrage, aufgeworfen werden. Es hat den Anschein, dass die Bayernpartei mit ihrer Ablehnung der Wehrpflicht nicht ohne Erfolg im Wahlkampf agitiert. Für die FDP und den BHE dürfte der Wahlausgang in Baden-Württemberg eine nicht unerhebliche Stütze sein, trug er doch auch in Bayern bei diesen beiden Parteien dazu bei, das schwankend gewordene Selbstvertrauen wieder zu stärken. Auf jeden Fall dürfte jetzt schon feststehen, dass der Ausgang der bayerischen Gemeindewahlen auf die bayerische Regierungskoalition keinen Einfluss haben wird.

Punktsieg für Paris

sp. Die Ergebnisse des Gesprächs zwischen dem britischen und dem französischen Regierungschef tragen, so ungenau das ausgegebene Kommuniké im einzelnen sein mag, den Charakter einer erfreulichen europäischen Initiative, für die wiederum die französischen Sozialisten Mollet und Pineau den Anstoss gaben. Das ist umso mehr zu begrüßen, als die amerikanische Politik auch nach der Vorentscheidung Eisenhowers, die eine gewisse Klärung brachte, bis zu den Präsidentschaftswahlen im November im Zustande der partiellen Lähmung verharren wird.

Sieht man von Details ab, so gab es drei Grundsatzvereinbarungen:

- 1.) Abrüstung und Wirtschaftshilfe sind die vordringlichsten und wichtigsten Probleme;
- 2.) Die Verbundenheit beider Länder zur NATO wird bekräftigt;
- 3.) Das britisch-französische Verhältnis soll enger gestaltet werden.

Man kann wohl sagen, dass in den Punkten eins und drei die französische Auffassung sich durchgesetzt hat, während die Forderung des Punktes zwei dafür einen Ausgleich im Sinne der britischen Wünsche darstellt. Das Ganze ist also sozusagen ein Punktsieg Mollets. In Paris war man seit langem mit der amerikanisch-britischen Intimität insoweit unzufrieden, als sie den dritten Partner, eben Frankreich, immer fühlbarer an den Rand der Entscheidungen gedrängt hat. Das soll jetzt offenbar anders werden. Das neue gemeinsame Bekenntnis zur NATO schliesslich dürfte den Zweck haben, die ungünstigen Wirkungen jener aufsehen-erregenden Pineau-Rede vom 2. März mit ihrer herben Kritik an der bisherigen Grundkonzeption des Westens abzuschwächen.

Vor allem mit der so besonders nachdrücklichen Unterstreichung der Abrüstungsnotwendigkeit wird der französischen Auffassung

Rechnung getragen. Ihr hervorragendster Vertreter ist seit Jahren Jules Moch, vielleicht der erfahrenste Abrüstungsexperte überhaupt, über den heute die westliche Welt verfügt. Er hat zuletzt viel Zeit auf die Ausarbeitung eines sog. "Synthese-Planes" verwandt, eine Kombination zwischen dem eigentlichen Abrüstungs- und dem Kontrollprinzip. Nach ihm darf ein Abrüstungsplan keine starren Fristen enthalten. Jede neue Phase soll erst in Kraft treten, wenn die internationale Kontrollbehörde feststellt, dass die erste Phase bereits durchgeführt und die Durchführung der zweiten Phase gesichert ist. Ein Kernstück ist das Verbot der Verwendung von Atomwaffen (ausser im Verteidigungsfalle). Hier ergeben sich gewisse Berührungspunkte mit der russischen Auffassung, die von einem absoluten Verbot der Atomwaffen ausgeht. Ein weiterer Grundsatz ist der, dass es keine wirksame Phase der Abrüstung geben kann, die nicht gleichzeitig einer effektiven Kontrolle unterworfen ist. Die Heeresstärken spielen in diesem Zusammenhang nicht mehr jene beherrschende Rolle, die sie früher besaßen, da es heute im Lichte der technischen Entwicklung ziemlich unwichtig ist, ob ein Staat über 1 1/2 Mill. oder eine Million Bajonette verfügt.

Natürlich sind das nur einige wenige, besonders wichtige Gesichtspunkte aus dem umfangreichen Plan, der ohne Zweifel die Grundlage der Verhandlungen bildet. Diese haben am Montag zwischen den Vertretern der drei Westmächte und Canada begonnen. Sehr viel spricht dafür, dass die Amerikaner sich diesem Plan weitgehend anschliessen werden. Da eine solche Synthese ausserdem mehr als frühere Vorschläge auch gewissen sowjetischen Vorstellungen, die sich ebenfalls geändert haben, näher kommt, ist ein gewisser Ansatzpunkt für das Durchbrechen des Kreises gegeben, in dem alle bisherigen Abrüstungsverhandlungen gefangen waren.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau